

II-4584 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2253 7J

1982 -12- 03

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. STIX, RPOBST, DR. JÖRG HAIDER
an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Diskriminierung von Baumaterial bei öffentlichen Ausschreibungen.

In einem Runderlaß vom 12.7.1982, GZ 840031/1-III/5-82 an die Landes-
hauptleute und die Straßenbausondergesellschaften gibt der Bundes-
minister für Bauten und Technik bekannt, daß ab sofort österreichische
Natursteine bei Ausschreibungen von Bauvorhaben der Bundesstraßenver-
waltung von Bundesautobahnen, Bundesschnellstraßen und Bundesstraßen
verstärkt vorzusehen sind. Insbesondere für die Verlegung von Flach-
bordsteinen wird österreichisches Granitmaterial vorgeschrieben.

Begründet wird diese Maßnahme mit der Notwendigkeit die Arbeitsmarkt-
lage in den grenznahen Gebieten Nieder- und Oberösterreichs zu ver-
bessern. Dagegen führt der Verband österreichischer Beton- und Fertig-
teilwerke ins Treffen, daß dieser Erlaß die Arbeitsplätze in Betonwerken,
die sich in Problemgebieten der Steiermark, Kärntens, Nieder- und Ober-
österreichs befinden, gefährdet. Der Verband weist darauf hin, daß unter
Berücksichtigung der für die Erzeugung von Beton erforderlichen Rohstoffe und
Vormaterialien der im Finalprodukt "Bordstein" enthaltene Arbeitszeitanteil
entschieden höher sei als bei auf modernsten, arbeitsplatzsparenden Maschinen
hergestellten Granitbordsteinen.

Die Anfragesteller halten diesen Erlaß für die Diskriminierung bestimmter
am Markt angebotener Produkte, was sich mit marktwirtschaftlichen Erfordernis-
sen nicht vereinbaren läßt.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

A n f r a g e:

1. Was hat Sie bewogen, diesen Erlaß zu verlautbaren ?
2. Sind Sie der Auffassung, daß die Diskriminierung von Betonfertigteilen im Straßenbau eine sinnvolle Maßnahme der Arbeitsplatzbeschaffung darstellt ?
3. Werden Sie die vorgebrachten Einwände dazu veranlassen, diesen Erlaß nochmals zu überdenken ?